

# Inhaltsübersicht

<i>Kapitel 1</i>	
<b>Einleitung</b>	37
§ 1 Einführung, Ziel und Gang der Untersuchung .....	37
<i>Kapitel 2</i>	
<b>Allgemeine Grundlagen</b>	50
§ 2 Wahlgrundsätze .....	50
§ 3 Wahlvoraussetzungen .....	84
§ 4 Wahlberechtigung und Wählbarkeit .....	196
§ 5 Differenzierung nach Wahlverfahren .....	272
<i>Kapitel 3</i>	
<b>Anstoß der Wahl</b>	304
§ 6 Wahlinitiierung .....	304
§ 7 Wahlbeginn .....	378
<i>Kapitel 4</i>	
<b>Phasen der Wahl</b>	398
§ 8 Vorbereitungsphase .....	398
§ 9 Durchführungsphase .....	442
§ 10 Nachbereitungsphase .....	465
<i>Kapitel 5</i>	
<b>Zusammenfassung</b>	485
§ 11 Schlussfolgerungen und Ergebnisse .....	485
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	499
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	525

# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

<b>Einleitung</b>	37
-------------------	----

<b>§ 1 Einführung, Ziel und Gang der Untersuchung</b>	37
I. Einführung in die Problemstellung	37
1. Sonderstellung der schwerbehinderten Menschen im Arbeitsleben	37
2. Die Schwerbehindertenvertretung in der betrieblichen Praxis	38
a) Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	38
b) Stellung im Geflecht der betrieblichen Interessenvertretungen	39
3. Wahl der Schwerbehindertenvertretung	41
a) Historische Entwicklung der Wahlvorschriften	42
b) Aus der Normentwicklung folgende Kodifizierungsdefizite	43
aa) Einfluss fortwährender Novellierungen anderer Interessenvertretungswahlen	43
bb) Handwerkliche Defizite bei der Normerstellung	44
c) Rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der Schwerbehindertenvertretungswahl	44
aa) Aufarbeitung in wissenschaftlichen Monographien	44
bb) Aufarbeitung in der Kommentar- und Aufsatzliteratur	45
cc) Aufarbeitung in der Rechtsprechung	45
dd) Zusammenfassung	46
II. Ziel der vorliegenden Arbeit	46
1. Fundierte Untersuchung der zentralen Problembereiche	47
2. Einbeziehung der Bedeutung der Wahlgrundsätze	47
3. Berücksichtigung des Kontextes der Schwerbehindertenvertretungswahl	47
4. Zusammenfassung	48
III. Gang der Untersuchung	48
IV. Themenabgrenzung	49

## *Kapitel 2*

<b>Allgemeine Grundlagen</b>	50
------------------------------	----

<b>§ 2 Wahlgrundsätze</b>	50
I. Bedeutung der Wahlgrundsätze	50

II. Ausdrücklich normierte allgemeine Wahlgrundsätze .....	51
1. Grundsatz der geheimen Wahl .....	51
a) Inhalt und Bedeutung .....	51
b) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	52
2. Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl .....	53
a) Inhalt und Bedeutung .....	53
b) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	54
3. Grundsätze der Mehrheitswahl .....	55
a) Sonderstellung im Hinblick auf das durchzuführende Wahlsystem ..	55
b) Inhalt und Bedeutung .....	56
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	56
III. Mittelbar geltende allgemeine Wahlgrundsätze .....	57
1. Grundsatz der Freiheit der Wahl .....	57
a) Inhalt und Bedeutung .....	58
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	59
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	60
2. Grundsatz der Gleichheit der Wahl .....	60
a) Inhalt und Bedeutung .....	60
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	62
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	63
3. Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl .....	63
a) Inhalt und Bedeutung .....	63
aa) Beschränkung auf das Verbot der Erschwerung .....	64
bb) Abgrenzung zu Beschränkungen der Wahlberechtigung .....	65
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	65
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	66
4. Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl .....	67
a) Inhalt und Bedeutung .....	67
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	68
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	68
IV. Spezifische Wahlgrundsätze .....	69
1. Grundsatz der obligatorischen Vertretung .....	69
a) Inhalt und Bedeutung .....	70
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	70
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	72
2. Grundsatz der Simplizität .....	72
a) Inhalt und Bedeutung .....	73
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	73
aa) Einfluss des Grundsatzes der obligatorischen Vertretung .....	73
bb) Bedeutung des Repräsentations- und Legitimationsgedankens ..	74

c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	75
3. Grundsatz der Selbstorganisation .....	75
a) Inhalt und Bedeutung .....	75
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	76
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	77
4. Grundsatz der Barrierefreiheit .....	78
a) Inhalt und Bedeutung .....	78
aa) Inhaltliche Reichweite .....	78
bb) Verhältnismäßigkeit der Kompensationsmittel .....	79
b) Geltung für die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	80
aa) Repräsentation und Legitimation als Leitgedanke der Wahl ..	80
bb) Legitimationsdefizite bei bewusster Nichtausübung des Wahlrechts .....	80
cc) Legitimationsdefizite bei heteronom bedingter Nichtausübung des Wahlrechts .....	81
dd) Besonderheiten des zu repräsentierenden Personenkreises .....	82
(1) Korrelation zwischen Wahlrecht und Wahlausübungshemmissen .....	82
(2) Folge für das Wahlergebnis .....	82
(3) Schlussfolgerungen .....	83
c) Einfluss auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	83
§ 3 Wahlvoraussetzungen .....	84
I. Allgemeines zu den Wahlvoraussetzungen .....	84
II. Betrieb als Bezugspunkt des Schwellenwerts .....	85
1. Definition des Betriebsbegriffs .....	85
a) Regelung des SGB IX .....	85
b) Betriebsbegriff des BetrVG .....	85
c) Maßgebliche Definitionen .....	86
aa) Betrieb .....	86
bb) Betriebsteil .....	87
cc) Gemeinschaftsbetrieb .....	87
2. Wirkung von Betriebsfiktionen des BetrVG .....	87
a) Betriebsteile als selbstständige Betriebe .....	88
aa) Voraussetzungen der Fiktion .....	88
bb) Ausstrahlung auf das SGB IX .....	88
cc) Folgen der Ausstrahlung .....	89
dd) Bedeutung des Optionsrechts des § 4 Abs. 1 Satz 2 BetrVG ..	90
(1) Auslegung des § 4 Abs. 1 Satz 2 BetrVG .....	90
(a) Wortlaut des § 4 Abs. 1 Satz 2 BetrVG .....	90
(b) Systematische Stellung .....	91

(c) Historisch-teleologische Betrachtung .....	91
(d) Schlussfolgerungen .....	92
(2) Wirkung auf die Schwerbehindertenvertretungswahl .....	93
b) Abweichende Organisationsstruktur nach § 3 BetrVG .....	93
aa) Voraussetzungen der Fiktion .....	94
bb) Spezifische Regelungen zur Schwerbehindertenvertretung .....	95
(1) Zwingender Charakter der Organisationsvorschriften .....	95
(2) Kein Eingreifen einer Öffnungsklausel .....	95
(3) Schlussfolgerungen .....	96
cc) Ausstrahlung auf das SGB IX .....	96
(1) Maßgeblichkeit des betriebsverfassungsrechtlichen Betriebsbegriffs .....	97
(2) Teleologische Gesichtspunkte .....	97
(3) Kein Widerspruch zu § 94 Abs. 1 Satz 4 SGB IX .....	98
dd) Folgen der Ausstrahlung .....	99
III. Sonderfall: Zusammenfassung von Betrieben .....	99
1. Voraussetzungen der Zusammenfassung .....	99
a) Räumliche Nähe .....	99
aa) Sinn und Zweck des Kriteriums .....	100
bb) Bedeutungslosigkeit von Gemeinde- oder Landesgrenzen .....	100
cc) Maßgeblichkeit der Verkehrsverhältnisse .....	101
dd) Heranziehbarkeit von zu anderen Vorschriften entwickelten Grundsätzen .....	101
(1) Zu § 94 Abs. 6 Satz 3 SGB IX entwickelte Grundsätze ..	102
(2) Zu § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BetrVG entwickelte Grundsätze ..	102
b) Unterschreitung des Schwellenwerts .....	103
aa) Schwellenwertsunderschreitung in sämtlichen Betrieben .....	103
bb) Mindestzahlerfüllung in maximal einem Betrieb .....	104
(1) Klarheit des Wortlauts .....	104
(2) Sinn und Zweck der Zusammenfassung .....	105
(3) Kein Ausschluss durch § 97 Abs. 6 Satz 1 Hs. 2 SGB IX ..	106
cc) Mindestzahlerfüllung in mehreren Betrieben .....	107
(1) Ambivalenz des Wortlauts .....	107
(2) Teleologische und systematische Gesichtspunkte .....	107
(a) Systematik der Interessenvertretungsstruktur .....	108
(b) Keine indirekte Dispositivität .....	108
(c) Schlussfolgerung .....	109
2. Zusammenfassungsverfahren .....	109
a) Benehmen des Integrationsamts .....	109
b) Entscheidung des Arbeitgebers .....	110

aa) Keine Pflicht zur Zusammenfassung .....	110
(1) Wortlaut von § 94 Abs. 1 Satz 4 und 5 SGB IX .....	111
(2) Systematische Stellung .....	112
(3) Teleologische Gesichtspunkte .....	112
(a) Bedeutung der Benennung der Herstellung .....	112
(b) Grundsatz der obligatorischen Vertretung .....	113
(4) Zusammenfassung .....	113
bb) Form der Entscheidung und Bekanntmachung .....	114
cc) Zeitpunkt der Entscheidung .....	116
3. Wirkung der Zusammenfassung .....	117
IV. Mindestzahl von im Betrieb beschäftigten schwerbehinderten Menschen ..	118
1. Kontext zu anderen betrieblichen Interessenvertretungswahlen .....	118
2. Schwerbehinderter Mensch .....	119
a) Schwerbehinderung .....	119
aa) Behinderung .....	119
bb) Schweregrad der Behinderung .....	120
cc) Maßgeblichkeit des tatsächlichen Vorliegens .....	120
b) Gleichstellung .....	121
aa) Voraussetzungen der Gleichstellung .....	121
bb) Berücksichtigung der Gleichgestellten bei § 94 Abs. 1 SGB IX	122
3. Im Betrieb beschäftigt .....	123
a) Wortlautauslegung .....	123
aa) Beschäftigung .....	123
bb) Keine Erfolgsbezogenheit .....	124
cc) Abhängigkeitsverhältnis .....	125
b) Systematische Auslegung .....	125
aa) Beschäftigungsbegriff des Sozialversicherungsrechts .....	125
(1) Definition des § 7 SGB IV .....	126
(2) Verhältnis zum Arbeitnehmerbegriff .....	126
(3) Anwendbarkeit der Definition auf § 94 Abs. 1 Satz 1 SGB IX .....	128
(a) Formelle Gesichtspunkte der Anwendbarkeit .....	128
(b) Materielle Gesichtspunkte der Anwendbarkeit .....	129
bb) Begriff der Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsrecht .....	129
(1) Begriffsdefinitionen in arbeitsrechtlichen Vorschriften .....	130
(2) Anwendbarkeit der arbeitsrechtlichen Definitionen .....	130
cc) Begriff des Beschäftigten im Recht der kollektiven Interessen- vertretung .....	131
(1) Definition des Beschäftigtenbegriffs .....	131
(2) Anwendbarkeit der Definition .....	132

c) Historische Auslegung .....	133
aa) Schwellenwertregelungen bis 1953 .....	133
bb) SchwerbeschädigtenG 1953 .....	135
(1) Arbeitnehmereigenschaft .....	135
(2) Personengruppen i. S. d. § 5 Abs. 2 SchwerbeschädigtenG 1953 .....	135
(3) In Heimarbeit Beschäftigte .....	137
cc) SchwerbeschädigtenG 1961 .....	138
dd) Schwerbehindertengesetz 1974 .....	139
(1) Wegfall der Anknüpfung an die Arbeitnehmer- bzw. Beamteneigenschaft .....	139
(2) Mutmaßlich fehlende Änderungsabsicht des Gesetzgebers .....	140
(a) Schweigen der Gesetzesmaterialien .....	140
(b) Intention der unveränderten Übernahme der Vorgängerregelung .....	140
(c) Auflösung des Redaktionsversehens .....	141
(3) Mögliche Motivationen bei unterstellter Änderungsabsicht .....	141
(a) Erweiterung des zu zählenden Personenkreises .....	141
(b) Streichung unnötiger Dopplungen .....	142
(c) Bewertung .....	142
ee) Spätere Reformen .....	143
d) Teleologische Auslegung .....	144
aa) Sinn und Zweck arbeitsrechtlicher Schwellenwerte .....	144
bb) Schwellenwerte bei der Wahl kollektiver Interessenvertretungen .....	144
cc) Übertragbarkeit dieser Grundsätze .....	145
dd) Rückschlüsse aus den Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung .....	146
(1) Keine Generalzuständigkeit für schwerbehinderte Menschen .....	147
(2) Keine Beschränkung der Zuständigkeit auf Beschäftigte .....	147
(3) Zusammenarbeit mit anderen betrieblichen Interessenvertretungen .....	148
e) Versuch einer eigenen Definition des Beschäftigtenbegriffs .....	149
aa) Vorgehen .....	149
bb) Arbeitnehmerbegriff .....	149
(1) Verpflichtung zur Erbringung von Arbeit .....	150
(2) Privatrechtlicher Vertrag oder gleichgestelltes Rechtsverhältnis .....	150
(3) Persönliche Abhängigkeit bzw. Fremdbestimmung .....	151
(a) Weisungsgebundenheit .....	152

(b) Verteilung von Unternehmerrisiken und Unternehmerchancen .....	153
(c) Soziale Schutzbedürftigkeit .....	153
(d) Zeitmoment der Dienstleistungserbringung .....	154
cc) Erforderliche Modifikationen .....	154
(1) Verpflichtung zu Arbeit .....	154
(a) Erforderlichkeit der Abgrenzung zu Werkunternehmern .....	154
(aa) Wortlaut .....	155
(bb) Systematik .....	155
(cc) Normhistorie .....	156
(dd) Sinn und Zweck .....	156
(ee) Schlussfolgerungen .....	157
(b) Terminologische Modifikation .....	157
(2) Privatrechtlicher Vertrag oder gleichgestelltes Rechtsverhältnis .....	158
(a) Wortlautgesichtspunkte .....	158
(b) Systematische Gesichtspunkte .....	159
(aa) § 73 Abs. 1 SGB IX .....	159
(bb) § 7 Abs. 1 SGB IV .....	159
(cc) § 2 Abs. 2 ArbSchG; § 3 Abs. 11 BDSG .....	159
(dd) § 4 Abs. 1 BPersVG .....	160
(c) Normhistorische Gesichtspunkte .....	160
(aa) Bezug auf Arbeitsplatzdefinition .....	160
(bb) Wegfall der Bezugnahme .....	160
(d) Teleologische Gesichtspunkte .....	161
(e) Schlussfolgerungen .....	161
(aa) Keine Beschränkung auf privatrechtliche Verträge .....	161
(bb) Erweiterung nur um Sonderstatusverhältnisse .....	162
(cc) Einengung auf freiwillig eingegangene Rechtsverhältnisse .....	162
(3) Persönliche Abhängigkeit und Fremdbestimmung .....	162
(a) Wortlautgesichtspunkte .....	163
(b) Systematische Gesichtspunkte .....	163
(aa) Beschäftigtenbegriffe in arbeitsrechtlichen Gesetzen .....	163
(bb) § 4 BPersVG .....	164
(cc) § 7 SGB IV .....	164
(c) Normhistorische Gesichtspunkte .....	165
(d) Teleologische Gesichtspunkte .....	165
(e) Schlussfolgerungen .....	166

(4) Maßgeblichkeit von Verpflichtung oder tatsächlicher Erbringung .....	167
(a) Wortlaut .....	167
(b) Systematik .....	168
(aa) § 3 Nr. 12 GenDG und § 3 Abs. 11 BDSG .....	168
(bb) § 7 Abs. 1 SGB IV .....	168
(cc) Anderweitige Begriffsbestimmungen .....	169
(c) Normhistorie .....	169
(d) Sinn und Zweck .....	169
(e) Schlussfolgerungen .....	170
dd) Eigene Definition des Beschäftigungsbegriffs .....	171
(1) Zusammenfassung der Auslegungsergebnisse .....	171
(2) Definition des Beschäftigtenbegriffs .....	171
4. Nicht nur vorübergehende Beschäftigung .....	172
a) Festgelegte Endlichkeit der Beschäftigung .....	172
b) Kein Ausschluss aller Beschäftigungsverhältnisse mit Befristungsabrede .....	173
c) Kein zeitlich beschränkter Betrachtungszeitraum .....	173
d) Maßgeblichkeit der Beschäftigungsabsicht des Arbeitgebers .....	175
aa) Sinn und Zweck des Schwellenwertkriteriums .....	175
(1) Schwellenwertunabhängiger Bestand der Schwerbehindertenvertretung .....	176
(2) Untergang des Organs bei dauerhaftem Absinken der Beschäftigtenzahl .....	177
(3) Schlussfolgerungen .....	178
bb) Beschäftigungsabsicht des Arbeitgebers .....	178
cc) Rückschlüsse aus der übertragenen Arbeitsaufgabe .....	178
dd) Rückschlüsse aus Befristungen .....	179
e) Zusammenfassung .....	180
V. Stichtagsbezogenheit des Schwellenwerts .....	181
1. Systematische Atypik des § 94 Abs. 1 SGB IX .....	181
2. Auslegung im Hinblick auf die Stichtagsbezogenheit .....	182
a) Normhistorische Betrachtung .....	182
b) Systematische Betrachtung .....	183
aa) Formulierung des § 95 Abs. 1 Satz 4 SGB IX .....	183
bb) Formulierung des § 96 Abs. 4 Satz 2 SGB IX .....	184
cc) Schlussfolgerungen .....	184
c) Teleologische Betrachtung .....	184
aa) Bedeutung der Dauerhaftigkeit des Bestands der Interessenvertretung .....	185

bb) Notwendigkeit der Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen .....	185
(1) Prognosecharakter des Kriteriums der nicht nur vorübergehenden Beschäftigung .....	185
(2) Grenzen der Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen bei rein stichtagsbezogener Handhabung des Schwellenwerts .....	186
(a) Feststehende, erst zukünftige Schwellenwerterreichung .....	186
(b) Schlussfolgerungen .....	186
cc) Unzureichende Planbarkeit der Beschäftigung Schwerbehinderter .....	186
dd) Kein Rückgriff auf die geltende Beschäftigungspflicht .....	188
(1) Wortlaut und Systematik .....	188
(2) Teleologische Gesichtspunkte .....	188
(3) Historische Entwicklung .....	189
(4) Divergenz des Anknüpfungspunkts .....	189
(5) Schlussfolgerungen .....	190
d) Zusammenfassende Bewertung .....	190
3. Maßgeblicher Stichtag .....	191
a) Wahltagsbezogenheit des Schwellenwerts .....	191
aa) Konzentration der Stimmabgabehandlungen .....	191
bb) Anfälligkeit eines wahltagsbezogenen Stichtags .....	192
b) Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der Wahleinleitung .....	193
c) Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der Wahlinitierung .....	194
aa) Zeitlicher Gleichlauf von Initiierung und Einleitung .....	195
bb) Systematische Einheitlichkeit .....	195
<b>§ 4 Wahlberechtigung und Wählbarkeit .....</b>	196
I. Allgemeines zu Wahlberechtigung und Wählbarkeit .....	196
II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts .....	196
1. Schwerbehinderung .....	197
a) Vorliegen einer Schwerbehinderung i. S. d. § 2 Abs. 2 SGB IX .....	197
b) Erforderlichkeit eines Nachweises .....	197
aa) Grundsatz der obligatorischen Vertretung .....	198
bb) Grundsatz der Öffentlichkeit .....	198
cc) Schlussfolgerungen .....	198
c) Nachweis der Schwerbehinderteneigenschaft .....	199
aa) Behördliche Feststellung .....	199
bb) Nachweiswirkung des Verzeichnisses nach § 80 Abs. 1 SGB IX .....	200
cc) Offensichtliche Schwerbehinderung .....	201
(1) Offenkundige Schwerbehinderung im Sonderkündigungsschutz .....	201

(2) Offensichtlichkeit i. S. d. § 94 Abs. 2 SGB IX .....	203
(a) Beurteilungsmaßstab .....	203
(b) Offensichtlichkeit des Schweregrades .....	204
(aa) Offensichtlichkeit des Schweregrades bei Wertspannen .....	204
(bb) Offensichtlichkeit bei Anknüpfung an die Ausprägungsintensität .....	205
(cc) Verhältnis von Offensichtlichkeit und GesamtGdB .....	206
d) Gleichstellung .....	206
aa) Nachweis durch Gleichstellungsbescheid .....	207
bb) Nachweis durch Verzeichnis nach § 80 Abs. 1 SGB IX .....	208
2. Im Betrieb beschäftigt .....	208
a) Betriebsbegriff .....	209
b) Beschäftigung .....	210
aa) Wortlaut .....	210
bb) Systematik .....	210
cc) Historische Entwicklung .....	211
dd) Sinn und Zweck .....	211
ee) Schlussfolgerungen .....	212
c) Unerheblichkeit der Beschäftigungsdauer .....	212
3. Geschäftsfähigkeit .....	213
a) Ausschluss der Geschäftsunfähigen i. S. d. § 104 Nr. 2 BGB .....	213
aa) Dogmatische Herleitung .....	214
(1) Wortlaut .....	214
(2) Systematik .....	214
(a) § 61 Abs. 1 BetrVG .....	214
(b) § 139 Abs. 1 SGB IX .....	215
(3) Teleologische Gesichtspunkte .....	216
(a) Legitimationscharakter der Wahl .....	216
(b) Vermittlung einer Vertrauensbasis .....	217
(4) Grundsatz der obligatorischen Vertretung .....	217
(a) Geschäftsfähigkeit als Anfechtbarkeitsrisiko .....	217
(aa) Unwirksamkeit der Stimmabgabe .....	218
(bb) Bestehen eines Anfechtbarkeitsrisikos .....	219
(b) Lösungen zur Vermeidung dieses Anfechtbarkeitsrisikos .....	220
(aa) Vorherige Aussonderung .....	220
(bb) Förmlicher Wahlrechtsausschluss .....	220
(5) Zusammenfassung .....	221
bb) Inhaltliche Bedenken: Prüfbarkeit der Geschäftsunfähigkeit ...	221

(1) Erforderlichkeit verbindlicher Nachweise .....	221
(2) Bedeutungslosigkeit vorangegangener Gerichtsentscheidungen .....	222
(3) Schlussfolgerungen .....	222
cc) Zwischenergebnis .....	222
b) Ausschluss des unter Betreuung stehenden Beschäftigten .....	223
aa) Dogmatische Herleitung .....	223
(1) Fehlende Planwidrigkeit .....	223
(2) Fehlende Vergleichbarkeit .....	224
bb) Inhaltliche Bedenken gegen diesen Lösungsansatz .....	224
(1) Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Betreuerbestellung .....	224
(2) Konsequenzen der Betreuerbestellung für die Stimmabgabe .....	225
(3) Zusammenfassung .....	226
cc) Zwischenergebnis .....	227
c) Eigener Lösungsansatz: Stimmabgabe als Rechtsakt <i>sui generis</i> .....	227
d) Fazit .....	228
4. Prüfung des aktiven Wahlrechts .....	229
a) Prüfung der Wahlberechtigung im förmlichen Wahlverfahren .....	229
aa) Prüfung in der Versammlung nach § 1 Abs. 2 SchwbVWO .....	229
(1) Überprüfung anhand des Verzeichnisses nach § 80 Abs. 1 SGB IX .....	230
(2) Individueller Nachweis nicht im Verzeichnis aufgeführter Personen .....	230
bb) Prüfung der Wahlberechtigung durch den Wahlvorstand .....	231
(1) Bedeutung der Liste für das aktive Wahlrecht .....	231
(a) Fehlende Normierung der Rechtswirkung der Liste .....	231
(b) Normhierarchische Zulässigkeit .....	232
(aa) Normhierarchie hinsichtlich der Wahlberechtigung .....	232
(bb) Folgen für die SchwbVWO .....	232
(cc) Grundsatz: Keine Beeinträchtigung des materiellen Bestands .....	233
(dd) Wahlrechtsvereitelungscharakter der Veränderungssperre .....	233
(c) Schlussfolgerungen .....	234
(2) Prüfung bei Listenerstellung .....	235
(3) Keine Einbeziehung bei geheim gehaltenem Schwerbehindertenstatus .....	235
(4) Einspruch gegen die Richtigkeit der Liste der Wahlberechtigten .....	236
(5) Erneute Prüfungs- und Korrekturflicht bei Ablauf der Einspruchsfrist .....	237

(6) Offenbarung des Schwerbehindertenstatus nach Ablauf der Einspruchsfrist .....	238
(7) Begrenzung der Korrekturmöglichkeit auf den Tag vor der Stimmabgabe .....	238
(a) Materieller Bestand des aktiven Wahlrechts .....	239
(b) Begründungsansätze der Literatur .....	239
(c) Kritik .....	239
(d) Schlussfolgerungen .....	240
cc) Anspruch auf Auskünfte und Unterlagen .....	240
(1) Rechtsgrundlage des Anspruchs .....	241
(2) Inhalt der Ansprüche .....	242
b) Prüfung der Wahlberechtigung im vereinfachten Wahlverfahren ..	242
aa) Prüfung vor der Wahl der Wahlleitung .....	242
bb) Erneute Prüfung durch die Wahlleitung .....	243
cc) Grundlagen der Prüfungen .....	244
(1) Informationsanspruch des Wahlinitianten .....	245
(2) Informationsanspruch der Wahlleitung .....	245
III. Voraussetzungen des passiven Wahlrechts .....	246
1. Volljährigkeit .....	246
2. Nicht nur vorübergehende Beschäftigung im Betrieb .....	247
a) Betriebsbegriff .....	248
b) Begriff der Beschäftigung im Betrieb .....	248
c) Nicht nur vorübergehender Charakter der Beschäftigung .....	248
aa) Besonderheiten des Nachrückverfahrens bei Ausscheiden aus dem Amt .....	248
bb) Schlussfolgerungen für das Verständnis des Merkmals .....	250
cc) Wählbarkeit gekündigter Beschäftigter .....	250
3. Mindestvorbeschäftigungzeit .....	252
a) Art der Vorbeschäftigung .....	252
b) Vorbeschäftigung in anderem Betrieb des Arbeitgebers oder Konzerns .....	252
c) Vorbeschäftigung in neuen Betrieben .....	253
d) Vorbeschäftigung im Betrieb bei Zusammenfassung nach § 94 Abs. 1 Satz 4 SGB IX .....	253
4. Wählbarkeit nach § 8 BetrVG .....	254
a) Verhältnis zu § 94 Abs. 3 Satz 1 SGB IX .....	254
b) Voraussetzungen des § 8 BetrVG .....	254
aa) Leitende Angestellte .....	255
bb) Leiharbeitnehmer .....	255
(1) Entleiherbetrieb .....	255
(2) Verleiherbetrieb .....	255

cc) Nicht-Arbeitnehmer .....	256
dd) Betriebszugehörigkeit des § 8 Abs. 1 BetrVG .....	256
ee) Richterlicher Ausschluss der Wählbarkeit .....	257
5. Ämterpluralität .....	257
a) Mitgliedschaft im Betriebsrat .....	257
aa) Keine Vergleichbarkeit der Sachverhalte .....	258
bb) Fehlende Planwidrigkeit .....	258
cc) Schlussfolgerungen .....	259
b) Mitgliedschaft in der Jugend- und Auszubildendenvertretung .....	259
c) Arbeitgeber-Beauftragter nach § 98 SGB IX .....	260
aa) Exklusivverhältnis der Ämter .....	260
bb) Amtsniederlegung durch Erklärung der Annahme der Wahl ..	261
cc) Ausschluss des passiven Wahlrechts .....	262
6. Keine Anknüpfung an das aktive Wahlrecht .....	262
7. Prüfung des passiven Wahlrechts .....	263
a) Förmliches Wahlverfahren .....	264
aa) Prüfpflicht .....	264
bb) Grundlagen der Prüfung .....	264
(1) Mitwirkung des Arbeitgebers .....	264
(a) Anspruch auf Gesamtliste wählbarer Personen .....	265
(b) Inhalt der Auskunftspflichten .....	266
(2) Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Sprecherausschuss ..	266
(a) Heranziehbarkeit der Wählerlisten .....	266
(b) Keine Bindungswirkung des Zuordnungsverfahrens nach § 18a BetrVG .....	267
(aa) Gegenwartsbezogenheit des § 94 Abs. 3 Satz 2 SGB IX .....	267
(bb) Zielsetzung des § 94 Abs. 3 Satz 2 SGB IX ..	268
(cc) Schlussfolgerung .....	268
b) Vereinfachtes Wahlverfahren .....	269
aa) Prüfpflicht .....	269
bb) Zuständiges Organ .....	269
cc) Grundlagen der Prüfung .....	270
(1) Informationsanspruch nach § 2 Abs. 6 SchwbVWO ana- log .....	270
(2) Informationsanspruch nach § 28 Abs. 2 WO-BetrVG ana- log .....	270
§ 5 Differenzierung nach Wahlverfahren .....	272
I. Allgemeines zu den Wahlverfahren .....	272
II. Anwendungsvoraussetzungen .....	272

1. Schwellenwert .....	273
a) Subjekt des Schwellenwertes .....	273
b) Eingeschränkte Eignung des gewählten Schwellenwertsubjekts ..	274
c) Inflexibilität des Schwellenwerts .....	275
d) „Sichtbarkeit“ der Schwellenwertsubjekte .....	276
aa) Schwierigkeiten einer rein objektiven Betrachtungsweise .....	276
(1) Eingeschränkte Erkennbarkeit des Schwellenwertsubjekt- charakters .....	276
(2) Konsequenzen für einen rein objektiven Schwellenwert ..	276
(3) Ungeeignetheit einer rein objektiven Betrachtungsweise ..	277
bb) Subjektive Betrachtung anhand der „Sichtbarkeit“ .....	278
cc) Rückgriff auf das Schwerbehindertenverzeichnis des Arbeit- gebers .....	279
2. Räumliche Nähe der Betriebsteile .....	279
a) Betriebsteile .....	279
b) Zusammengefasste Betriebe .....	280
c) Räumlich weit auseinander liegend .....	280
aa) § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BetrVG .....	281
bb) § 94 Abs. 1 Satz 4 SGB IX .....	281
cc) Informationsflussorientierte Auslegung .....	282
(1) Verständigung über Art und Inhalt der Wahl .....	283
(2) Kenntnisse über die Wahlbewerber .....	284
(a) Inhaltliche Unterschiede .....	284
(b) Zeitliche Unterschiede .....	285
(c) Mittelbare Unterschiede .....	285
(d) Unterschiede bei der Freiwilligensuche .....	286
(e) Schlussfolgerungen .....	287
dd) Wahlversammlungsbezogene Auslegung .....	287
(1) Sinn und Zweck des Kriteriums der räumlichen Nähe ..	287
(2) Essentielle Bedeutung der Teilnahme an der Wahlver- sammlung .....	288
(a) Ausgleich der Informationsdefizite .....	288
(b) Wahlvorschlagsrecht .....	288
(c) Exklusivcharakter der persönlichen Stimmabgabe ..	289
(d) Schlussfolgerungen .....	289
(3) Besonderheiten der Erreichbarkeitsprüfung .....	290
(a) Bezugspunkt der Erreichbarkeitsprüfung .....	290
(b) Kaum Entscheidungsspielraum für die Wahlinitianten ..	290
(c) Barrierefreiheit der Verkehrsanbindung .....	291
(d) Zumutbarkeit als Maßstab .....	291
ee) Berücksichtigung der Beschäftigungsorte der Wahlberechtigten	292

(1) Grundsatz .....	292
(2) Teleologische Reduktion bei Sonderkonstellation .....	292
III. Prüfung des anzuwendenden Verfahrens .....	293
1. Prüfungsbefugtes Organ .....	294
2. Kompetenzkonflikte zwischen den Initianten .....	294
3. Maßgeblicher Stichtag .....	295
a) Wahltagsbezogenheit der Voraussetzungen .....	295
b) Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der Wahleinleitung .....	296
c) Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der Wahlinitiierungshandlung .....	297
aa) Unterschiede zwischen den Zeitpunkten .....	297
bb) Erforderlichkeit des Abstellens auf die Wahlinitiierung .....	298
(1) Ruhen des Wahlprozesses .....	298
(2) Fehlende Initiierbefugnis bei Anerkennung eines Abbruchsrechts .....	299
(3) Verwerfungen durch Erforderlichkeit einer Prognose .....	300
(4) Vermeidbarkeit dieser Schwierigkeiten .....	300
cc) Verbindlichkeit der Wahlingangsetzung durch die Wahlinitiierung .....	301
(1) Unmittelbare Bestellung des Wahlvorstands .....	301
(2) Einladung zur Versammlung der schwerbehinderten Beschäftigten .....	302
(3) Bestellung des Wahlvorstands durch das Arbeitsgericht .....	302
d) Schlussfolgerungen .....	303
 <i>Kapitel 3</i>	
<b>Anstoß der Wahl</b> .....	304
<b>§ 6 Wahlinitiierung</b> .....	304
I. Allgemeines zur Wahlinitiierung .....	304
II. Begriff der Wahlinitiierung .....	304
III. Wahlinitiierungsberechtigte Organe .....	305
1. Normierte Wahlinitiierungsberechtigte .....	306
2. Gesamtschwerbehindertenvertretung .....	306
a) Wahlinitiierung als überbetrieblich regelungsbedürftige Aufgabe .....	307
aa) Auf einen Betrieb beschränkter Wahlbezirk .....	307
bb) Wahl in zusammengefassten Betrieben .....	307
(1) Erstmalige Wahl .....	308
(2) Bestehende gemeinsame Schwerbehindertenvertretung .....	309
(3) Untergang der gemeinsamen Schwerbehindertenvertretung .....	309
(4) Schlussfolgerungen .....	309

b) Kommissarische Aufgabenwahrnehmung .....	309
c) Zusammenfassung .....	310
3. Konzernschwerbehindertenvertretung .....	311
a) Originäre Zuständigkeit .....	311
b) Kommissarische Zuständigkeit .....	312
c) Zusammenfassung .....	312
4. Gesamtbetriebsrat .....	312
a) Originäre Zuständigkeit .....	313
aa) Auf einen Betrieb beschränkter Wahlbezirk .....	313
bb) Zusammengefasste Betriebe .....	314
b) Zuständigkeit kraft Auftrags .....	314
c) Zuständigkeit nach § 17 Abs. 1 BetrVG analog .....	315
aa) Planwidrigkeit .....	315
bb) Teleologische Vergleichbarkeit der Konstellationen .....	316
cc) Schlussfolgerungen .....	317
d) Zusammenfassung .....	317
5. Konzernbetriebsrat .....	318
a) Originäre Zuständigkeit .....	318
b) Zuständigkeit kraft Auftrags .....	318
c) Zusammenfassung .....	319
IV. Die einzelnen Wahlinitiierungshandlungen .....	319
1. Bestellung des Wahlvorstands durch bisherigen Amtsinhaber .....	320
a) Abstrakte Vornahmeberechtigung .....	320
aa) Bedeutung der Personenauswahlentscheidung .....	321
bb) Erforderlichkeit einer Legitimationskette .....	321
cc) Vornahmeberechtigung der Stufenvertretungen nach § 97 SGB IX .....	322
b) Vornahmeveraussetzungen .....	323
aa) Beginn der Bestellmöglichkeit .....	323
bb) Ende der Bestellmöglichkeit .....	323
(1) Vornahmeberechtigung nach Fristablauf .....	324
(a) Wortlaut .....	324
(b) Ausdrücklicher Wille des Normgebers .....	324
(c) Grundsatz der obligatorischen Vertretung .....	325
(d) Zusammenfassung .....	325
(2) Begrenzung durch andere Initiierungshandlungen .....	325
(3) Begrenzung durch anderweitige Einsetzung des Wahlvor- stands .....	326
(4) Ende mit Ablauf der Amtszeit .....	327
cc) Besonderheiten bei Zusammenfassung .....	327

c) Vornahmehandlung .....	327
aa) Fixierung des Bestellentschlusses .....	328
bb) Erforderlichkeit einer Einverständniserklärung .....	329
cc) Inhaltliche Anforderungen an die Bestellentscheidung .....	330
(1) Als Wahlvorstandsmitglieder bestellbare Personen .....	330
(a) Beschäftigung im Betrieb .....	330
(b) Volljährigkeit .....	331
(c) Aktives und passives Wahlrecht .....	332
(2) Anzahl der Wahlvorstandsmitglieder .....	333
(3) Bestimmung des Wahlvorstandsvorsitzenden .....	334
d) Wahlinitiierung als zeitlicher Anknüpfungspunkt .....	335
2. Einladung zur Versammlung der schwerbehinderten Beschäftigten .....	335
a) Abstrakte Vornahmeberechtigung .....	336
aa) Schwerbehindertenvertretung .....	336
bb) Gesamt- und Konzernschwerbehindertenvertretung .....	337
cc) Gesamtbetriebsrat .....	337
b) Vornahmeveraussetzungen .....	337
aa) Zulässigkeit der Einladung bei bestehender Schwerbehinderten-vertretung .....	338
(1) Bestehen eines Regelungsbedürfnisses .....	338
(2) Ausschluss einer extensiven Auslegung des § 1 Abs. 2 SchwbVWO .....	339
(3) Lückenschließung durch Analogiebildung .....	340
(a) Konstellation des § 1 Abs. 2 SchwbVWO .....	341
(b) Konstellation des § 16 Abs. 2 BetrVG .....	341
(c) Vergleich der erfassten Konstellationen .....	342
bb) Ausschluss bei bereits erfolgter Wahlvorstandseinsetzung .....	343
cc) Ausschluss bei Vorliegen einer anderweitigen Einladung .....	343
dd) Gleichrangigkeit der Initiierungsberechtigungen .....	344
c) Vornahmehandlung .....	345
aa) Inhaltliche Anforderungen an die Einladung .....	345
bb) Formelle Anforderungen an die Einladung .....	345
(1) Einladung durch Aushang .....	346
(2) Einladung durch Rundschreiben .....	348
(3) Andere Formen der Einladung .....	348
(4) Umgang mit sehbehinderten Beschäftigten .....	349
(a) Ausfertigung in Blindenschrift .....	349
(b) Arbeitsassistenz .....	350
(c) Individuelle Unterrichtung der Betroffenen .....	350
(5) Rechtzeitigkeit der Einladung .....	351

d) Wahlinitiierung als zeitlicher Anknüpfungspunkt .....	352
3. Einsetzung des Wahlvorstands durch das Arbeitsgericht .....	353
a) Rechtliche Grundlagen dieser Initiierungsart .....	353
aa) Analogie zu § 16 Abs. 2 BetrVG .....	353
bb) Analogie zu § 17 Abs. 4 BetrVG .....	354
(1) Bestehen einer Regelungslücke .....	354
(2) Planwidrigkeit .....	355
(3) Vergleichbarkeit der Rechtslagen .....	355
cc) Ausschluss der Analogien durch § 94 Abs. 6 Satz 2 SGB IX ..	356
(1) Historische Entwicklung als Begründungsansatz .....	356
(2) Regelungszweck der Änderung .....	357
(3) Kein Ausschluss regelungslückenfüllender Analogien ..	357
b) Abstrakte Vornahmeberechtigung .....	358
aa) Antragsrecht der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ..	358
(1) Rolle der Gewerkschaften im BetrVG .....	358
(2) Rolle der Gewerkschaften bei Schwerbehindertenvertretungswahl .....	359
(3) Systematische Widersprüchlichkeit eines Antragsrechts ..	360
bb) Antragsberechtigung von Betriebsrat und Integrationsamt ..	360
(1) Nichterwähnung aus Sicht des BetrVG .....	360
(2) Systematische Widersprüchlichkeit einer fehlenden Antragsberechtigung .....	361
(3) Keine Antragsberechtigung aus § 93 Satz 2, 2. Hs. SGB IX ..	361
(4) Antragsberechtigung durch doppelte Analogie .....	362
(a) Konstellation des BetrVG .....	363
(b) Konstellation des SGB IX .....	363
(c) Schlussfolgerungen .....	363
c) Vornahmeveraussetzungen .....	364
aa) Voraussetzungen nach § 16 Abs. 2 BetrVG analog .....	364
(1) Zweiwöchige Nachfrist des Betriebsrats .....	364
(2) Keine Nachfristgewährung bei Schwerbehindertenvertretungswahl .....	364
bb) Voraussetzungen nach § 17 Abs. 4 BetrVG analog .....	365
d) Vornahmehandlung .....	366
e) Wahlinitiierung als zeitlicher Anknüpfungspunkt .....	366
4. Einladung zur Wahlversammlung .....	366
a) Abstrakte Vornahmeberechtigung .....	366
aa) Gesamt- und Konzernschwerbehindertenvertretung .....	367
bb) Gesamtbetriebsrat .....	367
b) Vornahmeveraussetzungen .....	367

aa) Exklusivität des Einladungsrechts der Schwerbehindertenvertretung .....	367
bb) Generelle Einladungsberechtigung .....	368
cc) Beschränkung auf einmalige Einladung .....	369
c) Vornahmehandlung .....	369
aa) Materielle Anforderungen .....	369
(1) Einladungsberechtigung .....	370
(2) Ort und Zeit der Stimmabstimmung .....	370
(a) Zulässigkeit einer späteren Bekanntgabe .....	371
(b) Bekanntgabe am Tag der Wahlversammlung .....	371
(c) Schlussfolgerung .....	372
bb) Formelle Anforderungen .....	372
(1) Keine unmittelbare Anwendung des § 5 Abs. 2 SchwbVWO .....	372
(2) Normzweckorientierte Auslegung .....	373
(a) Unterrichtungscharakter als Maßstab .....	373
(b) Erforderlichkeit der Unterrichtung sämtlicher Beschäftigter .....	374
(aa) Aktives Wahlrecht der „nicht sichtbaren“ Schwerbehinderten .....	374
(bb) Beschränkung des passiven Wahlrechts .....	375
(c) Kenntnisserlangung durch den Arbeitgeber .....	375
(3) Rechtzeitigkeit der Einladung .....	376
d) Wahlinitiierung als zeitlicher Anknüpfungspunkt .....	377
<b>§ 7 Wahlbeginn .....</b>	<b>378</b>
I. Allgemeines zum Wahlbeginn .....	378
II. Von der Wahlinitiierung abweichender Wahlbeginn .....	378
1. Wahlvorstandswahl durch die Versammlung der Schwerbehinderten .....	379
a) Formelle Anforderungen an die Wahlvorstandswahl .....	379
aa) Versammlungsleiter .....	379
bb) Abstimmungsberechtigung .....	380
(1) Wortlautdivergenz zwischen den Vorschriften .....	381
(2) Erheblichkeit des potentiellen Legitimationsdefizits .....	381
(3) Unterschiede im Hinblick auf den Prüfungsaufwand .....	381
cc) Art und Weise der Durchführung der Wahlvorstandswahl .....	382
b) Inhaltliche Anforderungen an die Auswahlentscheidung .....	383
2. Wahlvorstandseinsetzung durch das Arbeitsgericht .....	384
a) Formelle Einschränkungen der gerichtlichen Wahlvorstandseinsetzung .....	384
aa) Aufrechterhaltung des Antrags und Fortbestand der Antragsberechtigung .....	384

bb) Kein anderweitig eingetretener Wahlbeginn .....	385
b) Inhaltliche Anforderung an die Entscheidung des Arbeitsgerichts ..	386
aa) Allgemeine personelle Voraussetzungen .....	386
bb) Bestellung betriebsexterner Personen nach § 16 Abs. 2 Satz 3 BetrVG analog .....	386
(1) Ausnahmeharakter der Bestellung Betriebsexterner .....	386
(2) Systematische Widersprüchlichkeit der Einbindung der Gewerkschaften .....	387
cc) Anzahl der Wahlvorstandsmitglieder .....	388
dd) Bestimmung des Vorsitzenden .....	388
3. Wahlbeginn im vereinfachten Wahlverfahren .....	389
a) Formelle Anforderungen an die Wahl der Wahlleitung .....	389
aa) Leitung des Abstimmungsvorgangs und Stimmberechtigung ..	389
bb) Art und Weise der Durchführung der Wahlleitungswahl .....	390
b) Inhaltliche Anforderungen an die Wahl der Wahlleitung .....	391
aa) Wahlberechtigung als Voraussetzung der Einsetzung als Wahl- leitung .....	391
bb) Beschäftigung im Betrieb .....	392
(1) Systematische Betrachtung .....	392
(2) Sinn und Zweck der Wahlleitungswahl .....	393
(3) Einschränkungen durch den Grundsatz der Selbstorganisa- tion .....	393
(4) Schlussfolgerungen .....	394
cc) Volljährigkeit .....	395
(1) Systematischer Vergleich mit förmlichem Wahlverfahren ..	395
(2) Systematischer Vergleich mit Betriebsrats- und Sprecher- ausschusswahl .....	395
(3) Systematischer Vergleich mit Jugend- und Auszubilden- denvertierungswahl .....	396
(4) Teleologische Gesichtspunkte .....	397
 <i>Kapitel 4</i>	
 <b>Phasen der Wahl</b> .....	398
 <b>§ 8 Vorbereitungsphase</b> .....	398
I. Allgemeines zur Vorbereitungsphase .....	398
II. Problembereiche der Vorbereitungsphase .....	398
1. Erstellung der Liste der Wahlberechtigten .....	399
a) Inhalt der Liste .....	399
aa) Geburtsdatum .....	399
bb) Geschlecht .....	400

cc) Angabe des Betriebs .....	400
dd) Passiv Wahlberechtigte .....	400
b) Publizität der Liste .....	400
aa) Zweck der Auslegung .....	401
bb) Folgerungen für den Ort der Auslegung .....	401
c) Anpassung der Liste bei Fehlerhaftigkeit .....	402
d) Vereinfachtes Wahlverfahren .....	403
2. Festlegung der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Mitglieder ..	403
a) Bedeutung und Inhalt der Festlegung der Stellvertreterzahl .....	403
b) Verantwortlichkeit für die Festlegung der Stellvertreterzahl .....	405
aa) Vereinfachtes Wahlverfahren .....	405
bb) Förmliches Wahlverfahren .....	405
(1) Versammlung als übergeordnetes Organ .....	406
(2) Erörterungspflicht des Wahlvorstands .....	406
c) Mitwirkung anderer Organe .....	407
3. Entscheidung über schriftliche Stimmabgabe .....	408
a) Zielsetzung der generellen schriftlichen Stimmabgabe .....	408
b) Inhalt der Entscheidung .....	409
c) Verantwortliches Organ .....	410
4. Förmliche Einleitung der Wahl .....	411
a) Verfahrensspezifische Wahleinleitungshandlung .....	411
b) Anforderungen an die Bekanntgabe .....	411
aa) Barrierefreiheit der Aushangstellen .....	412
bb) Geeignetheit der Aushangstellen .....	412
cc) Erforderlichkeit mehrerer Aushänge .....	413
dd) Individuelle Unterrichtung blinder Beschäftigter .....	413
5. Behandlung von Wahlvorschlägen .....	413
a) Bedeutung von Wahlvorschlägen für die Wahl .....	414
b) Vorschlagsberechtigung .....	414
c) Inhaltliche Anforderungen an Wahlvorschläge .....	415
aa) Anzugebende Personendaten .....	415
bb) Erkennbarkeit des Amtsbezugs des Wahlvorschlags .....	415
cc) Doppelkandidatur für unterschiedliche Ämter .....	416
dd) Kandidatur auf unterschiedliche Wahlvorschläge .....	417
ee) Folgen unzulässiger Doppelkandidaturen .....	417
d) Formelle Anforderungen .....	418
aa) Schriftform .....	418
bb) Stützunterschriften .....	418
(1) Eigene Stützunterschrift des Wahlbewerbers .....	418
(2) Unterzeichnung mehrerer Wahlvorschläge .....	419

(3) Folgen unzulässiger Mehrfachunterstützung .....	420
cc) Einverständnis der vorgeschlagenen Kandidaten .....	420
dd) Einreichungsfrist .....	421
(1) Verfrühter Eingang .....	421
(2) Nachfristsetzung .....	422
ee) Formelle Anforderungen im vereinfachten Wahlverfahren ....	422
(1) Einverständnis der Kandidaten .....	423
(2) Ermöglichung einer Diskussion über die Kandidaten ....	424
(3) Beendigung der Entgegennahme von Wahlvorschlägen ...	424
(4) Der Wahlversammlung vorausgegangene Wahlvorschläge ..	425
e) Prüfung der Wahlvorschläge .....	426
aa) Bestehen einer Prüfungspflicht .....	426
bb) Durchführung der Prüfung .....	427
cc) Mangelhaftigkeit von Wahlvorschlägen .....	427
(1) Vorliegen einer Regelungslücke .....	427
(a) Kein abschließender Charakter dezidiertter Regelungen in der SchwbVWO .....	428
(b) Keine Beschränkung der Prüfung auf expliziert normierte Pflichten .....	429
(2) Analogien zu WO-BetrVG .....	429
(a) Unterrichtung des Vorschlagsvertreters .....	430
(b) Behebbarkeit von Mängeln der Wahlvorschläge .....	431
(aa) Nachbesserungen im förmlichen Wahlverfahren	431
(bb) Nachbesserungen im vereinfachten Wahlverfahren .....	432
f) Bekanntgabe der Namen der Wahlbewerber .....	432
6. Organisatorische Vorbereitungen der Wahl .....	433
a) Auslegung des Textes der SchwbVWO .....	433
b) Erstellung der Wahlunterlagen .....	434
aa) Erstellung von Wahlschablonen .....	434
(1) Zulässigkeit des Wahlschabloneneinsatzes .....	435
(2) Erforderlichkeit der Wahlschablonenherstellung .....	436
(a) Konnex zwischen Schablone und Stimmzettel .....	436
(b) Schlussfolgerungen für die Zuständigkeit .....	436
(c) Einschränkung einer generellen Schablonenpflicht ...	437
bb) Wahlunterlagenerstellung im vereinfachten Verfahren .....	437
c) Barrierefreiheit des Wahllokals bzw. der Wahlversammlung .....	438
aa) Barrierefreiheit für gehbeeinträchtigte Menschen .....	439
bb) Barrierefreiheit für Hör-/Sprachbehinderte .....	439
(1) Vorweggenommene schriftliche Informationen .....	439
(2) Auswahl der Kompensationsmittel .....	440

<b>§ 9 Durchführungsphase</b> .....	442
I. Allgemeines zur Durchführungsphase .....	442
II. Problembereiche der Durchführungsphase .....	442
1. Stimmabgabehandlung .....	442
a) Kennzeichnung des Stimmzettels und Verwendung von Wahlumschlägen .....	442
b) Umgang mit den Wahlumschlägen .....	443
c) Überwachung der ordnungsgemäßen Wahldurchführung .....	444
d) Besonderheiten der schriftlichen Stimmabgabe .....	444
aa) Voraussetzung der schriftlichen Stimmabgabe .....	445
(1) Persönliche Verhinderung .....	445
(a) An der persönlichen Stimmabgabe verhindert .....	445
(b) Antrag auf schriftliche Stimmabgabe .....	446
(2) Generelle schriftliche Stimmabgabe .....	447
bb) Anforderungen an die Gültigkeit bei schriftlicher Stimmabgabe .....	447
(1) Erklärung über die Kennzeichnung des Stimmzettels .....	448
(2) Prüfung der Zulässigkeit der Hinzuziehung einer Hilfsperson .....	448
cc) Vereinbarkeit der schriftlichen Stimmabgabe mit den Wahlgrundsätzen .....	448
(1) Durchbrechung von Wahlgrundsätzen .....	449
(2) Rechtfertigung der Durchbrechung .....	449
(a) Schriftliche Stimmabgabe bei Verhinderung .....	450
(b) Generelle schriftliche Stimmabgabe .....	450
(aa) Sinn und Zweck der generellen schriftlichen Stimmabgabe .....	451
(bb) Schlussfolgerungen .....	451
2. Amtsbezogene Trennung der Stimmabgabe .....	452
a) Vollzug der Trennung .....	452
b) Erforderlichkeit einer zeitlich versetzten Abstimmung .....	453
aa) Angelegte Parallelität der Abstimmungen im förmlichen Wahlverfahren .....	453
bb) Fehlende Regelung für das vereinfachte Wahlverfahren .....	453
(1) Wortlaut und Systematik .....	454
(2) Teleologische Gesichtspunkte .....	454
(a) Infolge gleichzeitiger Abstimmungen entstehende Verwerfungen .....	454
(b) Nachteilige Folgen einer zeitlich versetzten Abstimmung .....	455
(c) Bedeutung der Wahlgrundsätze .....	456

(aa) Grundsatz der Simplizität .....	456
(bb) Grundsätze der Mehrheitswahl und Grundsatz der Wahlgleichheit .....	456
(cc) Schlussfolgerungen .....	457
3. Ausschluss der Kumulierung bei der Stellvertreterwahl .....	457
a) Wortlaut und Systematik .....	457
b) Teleologische Gesichtspunkte .....	458
c) Schlussfolgerungen .....	458
4. Hinzuziehung von Hilfspersonen bei der Stimmabgabe .....	459
a) Vereinbarkeit der Heranziehung mit den für die Wahl geltenden Grundsätzen .....	459
aa) Rechtfertigung der Durchbrechungen .....	460
bb) Grenzen der Rechtfertigung .....	461
b) Rahmenbedingungen der Heranziehung .....	461
aa) Voraussetzungen der Heranziehung .....	461
bb) Prüfung der Voraussetzungen .....	462
cc) Auswahl der Hilfsperson .....	463
c) Hinzuziehung im vereinfachten Wahlverfahren .....	464
<b>§ 10 Nachbereitungsphase .....</b>	<b>465</b>
I. Allgemeines zur Nachbereitungsphase .....	465
II. Problembereiche der Nachbereitungsphase .....	465
1. Stimmauszählung .....	465
a) Unverzüglichkeit der Stimmauszählung .....	465
b) Öffentlichkeit der Stimmauszählung .....	466
aa) Zur Öffentlichkeit rechnende Personen .....	467
(1) Wortlaut und Systematik .....	467
(2) Sinn und Zweck .....	468
(3) Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen .....	469
(4) Grundsatz der Selbstorganisation .....	469
(5) Schlussfolgerungen .....	469
bb) Bekanntgabe von Ort, Tag und Zeit der Stimmauszählung .....	470
(1) Förmliches Wahlverfahren .....	470
(2) Vereinfachtes Wahlverfahren .....	471
c) Grundsatz der Mehrheitswahl als Maßstab der Ergebnisermittlung .....	471
aa) Beschränkung auf gültige Stimmen .....	472
bb) Berücksichtigung der Trennung der Wahlgänge .....	472
cc) Vereinbarkeit von Losentscheidung und Mehrheitswahl .....	472
dd) Zulässigkeit einer Stichwahl anstelle des Losentscheids .....	473

(1) Erforderlichkeit einer erneuten Wahleinleitung .....	474
(a) Ungeeignetheit einer mündlichen Bekanntgabe bei der Stimmauszählung .....	474
(b) Unvermindertes Anforderungsniveau der Bekanntgabe .....	475
(c) Folgen für den zeitlichen Ablauf .....	475
(2) Schlussfolgerung .....	476
d) Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses .....	476
2. Anfertigung der Wahlniederschrift .....	476
a) Wahlniederschrift im vereinfachten Verfahren .....	477
b) Inhalt der Wahlniederschrift .....	477
3. Unterrichtung der Gewählten .....	478
a) Schriftlichkeit der Benachrichtigung .....	478
b) Gegen Empfangsbestätigung .....	479
4. Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses .....	480
a) Bekanntgabe durch Aushang .....	480
aa) Inhaltliche Anforderungen an die Bekanntgabe .....	480
bb) Formelle Anforderungen an die Bekanntgabe .....	480
cc) Bekanntgabe im vereinfachten Wahlverfahren .....	481
b) Formelle Bekanntgabe an andere Organe .....	481
aa) Arbeitgeber .....	482
bb) Betriebsrat .....	482
cc) Gesamtschwerbehindertenvertretung .....	483
dd) Im Betrieb vertretene Gewerkschaften .....	483
5. Übergabe der Wahlunterlagen .....	484

*Kapitel 5*

<b>Zusammenfassung</b> .....	485
------------------------------	-----

<b>§ 11 Schlussfolgerungen und Ergebnisse</b> .....	485
I. Allgemeine Schlussfolgerungen .....	485
1. Rudimentärcharakter der Wahlvorschriften .....	485
a) Erforderlichkeit einer gesetzgeberischen Problembehebung .....	486
b) Ursachenspektrum und Lösungsansatz .....	486
aa) Einzelne Ursachen .....	487
bb) Folgerungen .....	488
2. Wahlgrundsätze .....	488
a) Geltung der einzelnen Wahlgrundsätze .....	488
b) Bedeutung der Grundsätze für die Wahl .....	489
3. Verhältnis zu anderen betrieblichen Interessenvertretungswahlen .....	490
a) Bedeutung des Kontexts für die Schwerbehindertenvertretungswahl	490

b) Zu Abweichungen führende Spezifika der Schwerbehindertenvertretungswahl .....	490
II. Besondere Feststellungen und Ergebnisse .....	491
1. Wahlvoraussetzungen .....	491
a) Betriebsbegriff .....	492
b) Beschäftigtendefinition .....	492
c) Nicht nur vorübergehende Beschäftigung .....	492
d) Stichtagsbezogenheit .....	493
2. Wahlberechtigung und Wählbarkeit .....	493
a) Geschäftsfähigkeit .....	493
b) Korrektur der Liste der Wahlberechtigten am Wahltag .....	494
c) Ämterpluralität .....	494
3. Wahlverfahren .....	494
a) Sichtbarkeit der Schwellenwertsubjekte .....	495
b) Merkmal der räumlichen Entfernung zwischen den Betrieben .....	495
c) Maßgeblicher Stichtag: Wahlinitiierung .....	495
4. Anstoß der Wahl .....	496
a) Initiierungsberechtigung .....	496
b) Gerichtliche Einsetzung des Wahlvorstands .....	496
5. Phasen der Wahl .....	497
a) Parallelität der Stimmabgabe im vereinfachten Verfahren .....	497
b) Stichwahl anstelle Losentscheid .....	497
III. Schlussbemerkung .....	497
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>499</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>525</b>